

# Amerikanische Universitäten in Gefahr

Richard N. Zare\*

Im Frühjahr 1996 war ich als Rolf-Sammet-Gastprofessor an der Goethe-Universität in Frankfurt. Eines Nachmittags begleitete ich einen der Chemieprofessoren des Instituts in den Stadtteil Sachsenhausen, um dort einige „Ebbelwoi“ zu trinken. Als wir so in der Sonne saßen und es uns gutgehen ließen, begannen wir Vergleiche anzustellen zwischen dem Leben in Amerika und Deutschland. Nach dem ein oder anderen Schoppen fragte mich mein Begleiter, ob mir eigentlich klar sei, dass deutsche Universitäten im Durchschnitt den amerikanischen weit überlegen seien. Nach ein paar Schlucken antwortete ich, dass ich seiner Einschätzung voll zustimme. Er lächelte. Nach einer Pause fügte ich hinzu: „Aber ich glaube, du stellst die falsche Frage. Was wirklich zählt, ist nicht der Durchschnitt, sondern die Spitze. Und in der Beziehung hat Amerika Deutschland klar geschlagen.“ Mein neuer Freund lag ziemlich über Kreuz mit mir.

1996 waren die Fakten unbestritten. Die amerikanischen Top-Universitäten galten als die besten der Welt, und dieser Ruf klingt ihnen bis heute nach. Die Shanghai Jiao Tong University erstellt alljährlich ein Ranking der besten 500 Universitäten weltweit anhand verschiedenster Messgrößen von Forschungsproduktivität und -qualität. 2011 dominierten die Vereinigten Staaten das Ranking mit 8 Universitäten in den Top 10 und 17 in den Top 20. Diese Statistik war gegenüber dem Vorjahr unverändert geblieben. Ein zusätzlicher Beleg für den guten Ruf amerikanischer Universitäten in der Welt ist die hohe Zahl an Bewerbungen ausländischer Studenten. Ungefähr ein Drittel aller Studenten, die ihr Heimatland verlassen, zieht es in die USA. Darüber hinaus zählen viele dieser ausländischen Studenten daheim zu den besten ihrer Klasse. Wie kann ich also schreiben, amerikanische Universitäten seien in Gefahr? Ich behaupte, dass eine nähere Betrachtung eine heraufziehende Krise offenbart – insbesondere der öffentlichen Institutionen –, deren Ursache eine als nicht nachhaltig zu bewertende Förderungsstruktur ist.

Amerikanische Universitäten beziehen ihre Einkünfte aus drei Quellen: 1) Studiengebühren, 2) direkte staatliche Förderung, 3) indirekte staatliche Förderung durch Gemeinkosten in Forschungsaufträgen und -zuschüssen und 4) Anlagerendite aus Stiftungskapital, das aus Schenkungen stammt. Die Posten variieren von einer Institution zur anderen. Sie hängen auch davon ab, ob die Universität öffentlich ist (wie die University of Michigan oder die University of Wisconsin) oder privat (wie die Stanford University oder die Harvard University). Private und öffentliche Institution sind klar auseinanderzuhalten, allerdings beginnen die Unter-

schiede immer mehr zu verwischen, verursacht durch die deutlich sinkende bundesstaatliche Förderung der Top-Universitäten und die gleichzeitig zunehmende Abhängigkeit fast aller Universitäten von föderaler Förderung.

Jüngste Trends und Zahlen sind alarmierend. 1988 betrug die mittlere Studiengebühr für ein vierjähriges Grundstudium an einer öffentlichen Universität ungefähr \$2800. Bis 2008 stieg diese Ziffer auf ungefähr \$6500 (nicht eingeschlossen Bücher, Zimmer und Verpflegung), was einem Kostenanstieg um gut 130 % entspricht. Im gleichen Zeitraum blieb das mittlere Realeinkommen der Amerikaner fast unverändert, und die verfügbaren staatlichen Hilfen für Studenten vermochten mit der Erhöhung der Studiengebühren nicht Schritt zu halten. Seit 1992 ist der Höchstbetrag an staatlichen Darlehen eingefroren und beträgt \$23 000 für ein vierjähriges Grundstudium. Erschwerend kommt hinzu, dass die Zahl der bewilligten Mittelzuweisungen pro Vollzeitstudent in vielen Bundesstaaten drastisch gesunken ist. Das System der University of California soll als ein Beispiel dienen. In den Jahren 2001 bis 2002 betrug die bundesstaatliche Förderung der Universitätssysteme \$4.37 Milliarden; in 2011 bis 2012 waren es nur noch \$2.44 Milliarden, und das trotz einer gestiegenen Zahl eingeschriebener Studenten. Mit Blick auf die momentan schwierige wirtschaftliche Phase ist kaum anzunehmen, dass sich dieser Trend wieder umkehren wird. Auch die Beschaffung von Forschungsprojekten wird zunehmend schwieriger, ebenso wie die Anwerbung privater Spenden. Es wundert also nicht, dass die Frage gestellt wurde, ob das Geschäftsmodell des amerikanischen Hochschulsystems zerrüttet sei.<sup>[1]</sup> Diesen Bedenken schließe ich mich an. Es ist keine Überraschung, dass viele amerikanische Universitäten versucht haben, diese finanziellen Engpässe durch das Vernachlässigen von Instandhaltungen, die vermehrte Schaffung von Teilzeitstellen und die Erhöhung von Studiengebühren auszugleichen. Gleichzeitig verlassen viele Studenten die Unversitäten mit hohen Schulden, was immer mehr die Meinung aufkommen lässt, das Ziel einer Universitätsausbildung solle die Vorbereitung auf den Beruf sein und nicht die Erziehung zu kritischem Denken für ein lebenslanges Lernen.

Betrachten wir die Kosten einer Hochschulausbildung. Der Besuch einer privaten Hochschule kostet einen Studenten ungefähr das Doppelte im Vergleich zu einer öffentlichen Universität. Tabelle 1 gibt einen Überblick für 2009. Die Gesamtkosten belaufen sich auf \$15 919 für eine öffentliche Institution und \$35 956 für eine private Institution, abermals ohne Kosten für Zimmer und Verpflegung.<sup>[2]</sup> Vielleicht ist es aber wichtiger zu fragen, was diese Kosten steigen lässt. Es sind sicher nicht die Gehälter der Fakultätsmitglieder, die im Durchschnitt hinter der Inflationsrate zurückgeblieben sind. Den Hochschulen war es nicht vergönnt, Produktivitätszu-

[\*] Prof. R. N. Zare  
Department of Chemistry, Stanford University  
Stanford, California 94305-5080 (USA)

**Tabelle 1:** Kosten für den Besuch einer US-Universität 2009.

	öffentlich	privat
Unterricht	\$9986	\$20232
Studentenwerk	\$1365	\$3390
Verwaltungsgebühren	\$4567	\$11 973

wächse durch Mechanisierung zu generieren, wie es in anderen Wirtschaftsbereichen wie der Landwirtschaft und der verarbeitenden Industrie der Fall war. Ein Teil der Kosten stammt sicher auch daher, dass sich viele Universitäten genötigt sahen, hochattraktive Einrichtungen zur Verfügung zu stellen, um ihre Einschreibungen zu halten. Auch werden immer strengere behördliche Auflagen an die Vergabe von Fördermitteln geknüpft, einhergehend mit einer generell zunehmenden Regulierung der Universitäten, ohne dass Mittel für den zusätzlichen Verwaltungsaufwand bereitgestellt würden. Man schätzt, dass diese Mehrbelastung mehrere Tausend Dollar jährlich pro Student ausmacht, und den Universitäten bleibt oftmals nur der Ausweg, die Studiengebühren anzuheben. Die privaten Top-Universitäten leiden weniger als die öffentlichen, weil die Nachfrage nach Zulassung allgemein gestiegen ist. Öffentliche Universitäten sind öfters gezwungen, Studenten aus mittleren Einkommensschichten die Zulassung zu verweigern, während zugleich Studenten aus unteren Einkommensschichten oft große finanzielle Unterstützung beziehen, die ihnen den Hochschulbesuch ermöglicht. Eine mannigfaltige Studentenschaft ist ein löbliches und erstrebenswertes Ziel, das aber auch reale Ausgaben verlangt.

Kann technologischer Fortschritt die Situation retten? Ich glaube teilweise ja. Neue Online-Unterrichtsmodelle versprechen eine qualitativ hochwertige Wissensvermittlung für Hunderttausende von Menschen, die nie zuvor Zugang zu dieser Art des Lernens hatten.<sup>[3]</sup> Das angepriesene Ziel ist es, die besten Vorlesungen der Top-Professoren der Welt aufzuzeichnen, die dann in modularen Einheiten heruntergeladen werden können. Es könnte den Anschein haben, dass diese Innovation den Traum einer öffentlichen Bildung mit breitem Zugang und zu niedrigen Kosten wahr werden lässt. Ironischerweise sind es einige der privaten Spitzenuniversitäten, die bei der Einrichtung solcher Online-Kurse die Führungsrolle übernommen haben. Nach meiner Einschätzung liefern Internet-Suchmaschinen präzisere Informationen über irgendein Thema als die meisten spezialisierten Lehrenden auf dem Gebiet.

Zu bedenken ist jedoch, dass es bei einer Hochschulbildung nicht um die bloße Vermittlung von Information gehen sollte. Vielmehr geht es darum, den Studierenden zum Lernen zu inspirieren. Die Versprechen der Online-Ausbildung werden ohne den persönlichen Kontakt zwischen Student und Lehrer nicht zu halten sein – und diese Art der Lehre ist kostspielig. Die Bereitstellung von Online-Material hoher Qualität kommt ebenfalls nicht billig. Ich stimme aus ganzem Herzen dem zu, was der Historiker Anthony Grafton von der Princeton University schrieb:<sup>[4]</sup> „Das Problem mit diesen Lösungsmaßnahmen ist einfach: Man endet damit, dass man die Stadt zerstört, um sie zu retten. Online-Unterricht kann sehr gut funktionieren – es aber richtig zu machen, mit

geübten Referenten, die dem Studenten jederzeit zur persönlichen Betreuung zur Verfügung stehen, ist nicht billig; und es billig zu tun, wird keine guten Ergebnisse bringen. Online-Unterricht, der ohne eine solche Betreuung angeboten wird, ist ein anderes und vornehmeres Wort für das Auspressen von Studiengebühren für nichts.“

Technologie an sich kann also nicht die Antwort sein. In der Vergangenheit gab es eine stillschweigende und ungeschriebene Übereinkunft, dass Universitäten im Ausgleich für bundesstaatliche und föderale Unterstützung eine qualitativ hochwertige Ausbildung an einer großen Zahl von Studenten leisten, welche Wissen, Entdeckungen und Innovationen generiert. Heute scheint diese Übereinkunft weitgehend vergessen, insbesondere seitens der bundesstaatlichen Gesetzgeber. Die Frage muss gestellt werden: Ist die Hochschulausbildung in den Vereinigten Staaten eine private Dienstleistung am einzelnen Studenten oder ein öffentlicher Auftrag, von dem die Gesellschaft insgesamt profitiert? Es sollte beides sein! Wie ich argumentiert habe, stehen die amerikanischen Universitäten derzeit auf wackliger wirtschaftlicher Grundlage, die auf lange Sicht nicht nachhaltig ist. Nur eine politische Entscheidung auf breiter Regierungsebene, die Hochschulausbildung einmal mehr als eine öffentliche Aufgabe zu behandeln, wird amerikanischen Universitäten vor der drohenden Abwärtsspirale eines immer schwerer werdenden Zugangs zum Studium bewahren. Politisches Handeln zum Wohle der Bildung als ein öffentliches Gut findet seine Vorläufer in den Morrill'schen Land-Grant-Gesetzen, auf deren Grundlage die Land-Grant-Universitäten nach dem Bürgerkrieg gegründet wurden, im GI Bill of Rights, der Kriegsveteranen des Zweiten Weltkrieges eine College-Ausbildung gewährte, und in den enormen Investitionen in die Hochschulbildung nach dem Weltraumflug der Sputnik. Die momentane Situation bedarf eines ähnlichen Engagements seitens der Politik.

Universitäten sind recht widerständig gegen Veränderungen, wie mir jedesmal aufs Neue bewusst wird, wenn ich meine akademische Kluft für Abschlusszeremonien anlege und mich daran erinnere, was desillusionierte deutsche Studenten in den 60er Jahren skandierten: „Unter den Talaren der Muff von 1000 Jahren.“ Und dennoch liegen revolutionäre Veränderungen in der Luft, und es ist zu hoffen, dass, im partnerschaftlichen Miteinander mit der Regierung, amerikanischen Bildungsinstitutionen auf die nächste Stufe wahrer Größe gehoben werden können.

Eingegangen am 15. Juli 2012

Online veröffentlicht am 3. Dezember 2012

- [1] [http://web1.millercenter.org/debates/transcript/deb\\_2010\\_0427\\_ed\\_cost.pdf](http://web1.millercenter.org/debates/transcript/deb_2010_0427_ed_cost.pdf).
- [2] Delta Cost Project, American Institutes for Research; <http://www.tcs-online.org/Reports/Report.aspx>.
- [3] Jack Hidary, „The Revolution: Top Ten Disruptors of Education“ Huff Post July 8, 2012; [http://www.huffingtonpost.com/jack-hidary/online-distance-learning\\_b\\_1493319.html](http://www.huffingtonpost.com/jack-hidary/online-distance-learning_b_1493319.html).
- [4] Anthony Grafton, „Can the Colleges be Saved,“ The New York Review of Books May 24, 2012; <http://www.nybooks.com/articles/archives/2012/may/24/can-colleges-be-saved/>.